

Roland Köstler
Michael Kittner
Ulrich Zachert

Aufsichtsratspraxis

Handbuch für die
Arbeitnehmervertreter
im Aufsichtsrat

Sechste, überarbeitete Auflage

Technische Universität Darmstadt FACHBEREICH INFORMATIK	
B I B L I O T H E K	
Inventar-Nr.:	<u>M07 - 00217</u>
Sachgebiete:	<u>Allgemeine Literatur</u>
Standort:	<u>A.14/Kost</u>

Bund-Verlag

Inhalt

Vorwort	5
Inhalt	7
Abkürzungsverzeichnis	16

TEIL A: GRUNDFRAGEN

1. Kapitel

Entwicklung von Theorie und Praxis sowie Effektivität der Mitbestimmung

I. Grundfragen der Mitbestimmung	23
II. Die geschichtlichen Etappen der Mitbestimmung	29
1. Kaiserreich	29
2. Weimarer Republik und Nationalsozialismus	29
3. Von 1945 bis zum BetrVG 1952	33
4. Sicherung der Montanmitbestimmung (1956–1971)	36
5. Die Auseinandersetzung um ein allgemeines Mitbestimmungsgesetz (1968–1976)	39
6. Mitbestimmungsprobleme seit 1976	45
7. Der DGB-Entwurf eines Mitbestimmungsgesetzes 1982	48
8. Mitbestimmungssicherung 1987/88	49
9. Rechtsentwicklung seit 1990	50
III. Unternehmensverfassung und Unternehmensrecht	53
IV. Europäische Entwicklung des Unternehmensrechts	58
V. Verfassungsrechtliche Fragen der Unternehmensmitbestimmung	62
VI. Effektivität der Unternehmensmitbestimmung	66
1. Überblick über die wichtigsten Aufgaben des Aufsichtsrats am Beispiel der AG	66
1.1 Informationsrechte	66
1.2 Kontrollrechte	67
1.3 Entscheidungsrechte	68
1.4 Rechte einzelner Aufsichtsratsmitglieder	68
2. Durchsetzungsmöglichkeiten der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	68
2.1 Vorbemerkung	68

2.2	Erster Einflußfaktor: die jeweilige Gesellschaftsform	69
2.3	Zweiter Einflußfaktor: rechtliche Abweichungen von den gesetzlichen Entscheidungsstrukturen	69
2.4	Dritter Einflußfaktor: das zahlenmäßige Kräfteverhältnis zwischen Kapital- und Arbeitnehmervertretern	70
2.5	Vierter Einflußfaktor: Struktur der Anteilseigner	72
2.6	Fünfter Einflußfaktor: das Zusammenwirken betrieblicher Mitbestimmung und Gewerkschaft	73

2. Kapitel

Mitbestimmung im Konzern

I.	Mitbestimmung im Konzern	76
1.	Erscheinungsformen und Bedeutung der Konzentration in der Wirtschaft	76
2.	Grundprobleme der Mitbestimmung im Konzern	78
II.	Konzernrechtliche Probleme	80
1.	Der Konzerntatbestand	80
1.1	Grundsätze des gesellschaftsrechtlichen Konzernrechts	80
1.2	An einem Konzern beteiligte Unternehmen	82
1.3	Herrschaftsverhältnis und einheitliche Leitung	84
1.3.1	Abhängige und herrschende Unternehmen (Herrschaftsverhältnis)	84
1.3.2	Einheitliche Leitung	88
1.3.3	Konzern im Konzern	91
1.3.4	Gemeinschaftsunternehmen	93
2.	Spartenorganisation im Konzern	95
3.	Auslandsbeziehungen im Konzern	97
4.	Sonderprobleme der einzelnen Gesetze und Mitbestimmungsbeibehaltung	99
4.1	MitbestG	99
4.2	MontanMitbestG und MitbestErgG	101
4.3	BetrVG 1952	101
4.3.1	AG oder KGaA als Konzernobergesellschaft	102
4.3.2	Konzernaufsichtsratswahl bei Abhängigkeit der Wahl von der Zahl der Arbeitnehmer	102
4.3.3	Arbeitnehmerlose Konzernspitze	103
4.3.4	Passives Wahlrecht	103
4.4	Mitbestimmungsbeibehaltung	103
4.4.1	Mitbestimmungsbeibehaltungsgesetz	104
4.4.2	Umwandlungsrechtliche Fortgeltungen	104

3. Kapitel

Mitbestimmungsverträge

I.	Vorbemerkung	107
II.	Erweiterung des Arbeitnehmereinflusses über das MitbestG hinaus	108

III. Sicherung der Montanmitbestimmung durch Mitbestimmungsverträge	112
IV. Erstreikbarkeit von Mitbestimmungsverträgen	113

**TEIL B:
RECHTE UND PFLICHTEN DES AUFSICHTSRATS UND SEINER
MITGLIEDER**

Vorbemerkung	117
------------------------	-----

**1. Kapitel
Verfahrens- und Organisationsrechte des Aufsichtsrats**

I. Einleitung	118
II. Konstituierende Sitzung	119
III. Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und Stellvertreters	124
1. Allgemeines	124
2. Der Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden: Allgemeines	126
3. Aufsichtsratsvorsitzender und Stellvertreter nach den Montan-Mitbestimmungsgesetzen	126
4. Aufsichtsratsvorsitzender und Stellvertreter nach dem Mitbestimmungsgesetz	126
IV. Ausschüsse	131
1. Allgemeine Bedeutung	131
2. Rechtliche Grundlagen	131
3. Zuständigkeiten	132
4. Besetzung	134
5. Die Arbeitsweise der Ausschüsse: Bindung an den Gesamtaufichtsrat	141
V. Die laufenden Sitzungen	144
VI. Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung: Arbeitnehmer- vorbereitungen	147
1. Allgemeines und Zulässigkeit	147
2. Teilnehmer an den Arbeitnehmervorbereitungen	148
3. Willensbildung auf Arbeitnehmervorbereitungen	149
VII. Teilnehmer an den Aufsichtsratssitzungen	151
VIII. Willensbildung in der Aufsichtsratssitzung und Zustande- kommen von Beschlüssen	154
1. Themenkatalog in der Aufsichtsratssitzung	154
2. Die Rolle der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrats- sitzungen	154
3. Die zur Willensbildung erforderlichen Voraussetzungen	154

4.	Beschlußfähigkeit des Aufsichtsrats	155
5.	Beschlußfassung	157
6.	Fehlerhafte Aufsichtsratsbeschlüsse	159
7.	Die Sitzungsniederschrift (Protokoll)	161
7.1	Die Niederschrift des Aufsichtsrates	161
7.2	Niederschriften von Ausschüssen	162
IX.	Maßnahmen nach der Aufsichtsratssitzung	163

2. Kapitel

Informations-, Kontroll- und Gestaltungsrechte des Aufsichtsrats

I.	Informationsrechte des Aufsichtsrats	165
1.	Zum Stellenwert einer aktiven Informationspolitik	165
2.	Informationsbeschaffung	166
2.1	Die regelmäßigen Berichte	166
2.1.1	Allgemeines	166
2.1.2	Quartalsberichte	167
2.1.3	Sonderberichte	170
2.1.4	Jahres- bzw. Planungsberichte	170
2.1.5	Berichte über die Rentabilität in der »Bilanzsitzung« des Aufsichtsrates	171
2.2	Information über Plandaten (Kennziffern) – Schwerpunktsetzung	172
2.3	Informationsordnung	173
2.4	Informationsrechte des Aufsichtsrats und Informationsrechte der betrieblichen Interessenvertretung	174
2.5	Art und Weise der Information: schriftliche Unterrichtung	174
2.6	Die Berichterstattung in der GmbH und Genossenschaft	176
2.7	Initiativrechte des Aufsichtsrats zum Abruf bestimmter Informationen und Minderheitenschutz	177
2.8	Berichte des Aufsichtsratsvorsitzenden bei Kontakten zum Vorstand	180
2.9	Durchsetzung der Informationsrechte	180
2.9.1	Gerichtliche Möglichkeiten	180
2.9.2	Sonstige Möglichkeiten	181
2.10	Einsichtsrechte des Aufsichtsrats in Unternehmensdokumente	182
2.11	Informationsrechte über Jahresabschluß, Lagebericht und Wirtschaftsprüferbericht: Grundsätze	183
2.11.1	Prinzipiell gleiche Informationsrechte des Aufsichtsrats in AG und GmbH	183
2.11.2	Recht jedes einzelnen Aufsichtsratsmitglieds auf Aushängung der Dokumente	184
2.11.3	Besonderheiten bei der Genossenschaft	184
2.11.4	Rechtsmittel bei Mißachtung der Informationsrechte über Jahresabschluß usw.	185
2.12	Information durch die Hauptversammlung bzw. Gesellschafterversammlung: § 118 Abs. 2 AktG	185

2.13	Informationsrechte des Aufsichtsrats in verbundenen Unternehmen	186
2.13.1	Grundlagen	186
2.13.2	Konzernabschluss	187
2.14	Informelle Informationsmöglichkeiten für Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten	187
3.	Möglichkeiten der Informationsaufbereitung und Informationsverarbeitung	188
3.1	Informationsweitergabe: Verschwiegenheitspflicht	188
3.1.1	Gesetzliche Grundlagen der Verschwiegenheitspflicht und juristische Auslegungsdifferenzen	188
3.1.2	Zur Bestimmung des Umfangs der Verschwiegenheitspflicht: Grundsätze	189
3.1.2.1	Allgemeines	189
3.1.2.2	Vertrauliche Angaben	190
3.1.2.3	Zum Kriterium eines objektiven bzw. objektivierbaren Unternehmensinteresses	190
3.1.2.4	Zur Abwägung im Rahmen des Unternehmensinteresses	192
3.1.2.5	Ausweitung des Verschwiegenheitsgebots durch gesellschaftsrechtliche Treuepflichten?	192
3.1.2.6	Relativierung des Verschwiegenheitsgebots durch verfassungsrechtliche Normen	193
3.1.3	Eigenverantwortliche Entscheidung jedes Aufsichtsratsmitgliedes über den Umfang der Verschwiegenheitspflicht	193
3.1.4	Verschwiegenheitspflicht zwischen unterschiedlichen Personengruppen?	195
3.1.4.1	Allgemeines	195
3.1.4.2	Zwischen Aufsichtsratsmitgliedern	195
3.1.4.3	Zwischen Aufsichtsrat und Betriebsrat	196
3.1.4.4	Zwischen Aufsichtsrat und Belegschaft	196
3.1.4.5	Zwischen Aufsichtsrat und Sachverständigen	197
3.1.4.6	Zwischen Aufsichtsrat und sonstigen »Dritten« (Behörden, Presse)	198
3.1.5	Verschwiegenheitspflicht bei unterschiedlichen Vorhaben und Maßnahmen	198
3.1.5.1	Stilllegung und Rationalisierung	198
3.1.5.2	Kooperation und Zusammenschlüsse	199
3.1.5.3	Vergütungen	199
3.1.5.4	Unternehmensplanungen (Grundsätzliches)	199
3.1.6	Verschwiegenheit über Abstimmungsergebnisse und den Gang der Aufsichtsratsverhandlungen	199
3.1.7	Sonderfälle: Ausdehnung der Verschwiegenheitspflicht durch Geheimchutz und Insider-Informationen	200
3.1.8	Sonderfall: Einengung der Verschwiegenheitspflicht für Gebietskörperschaften	203
3.1.9	Zur positiven Definition des Geheimnisses	204
3.1.10	Rechtliche und betriebspolitische Aspekte	204
3.2	Organisation der Information	204
3.2.1	Allgemeines	204
3.2.2	Organisation der Information durch Arbeitnehmervorbesprechungen	204

3.2.3	Organisation des Informationsaustausches mit der Belegschaft	205
3.2.4	Organisation der Information im Konzern	205
3.2.5	Organisation des Informationsaustausches auf Branchenebene	206
3.2.6	Notwendigkeit der Berücksichtigung spezifischer Belange	206
II.	Kontroll- und Entscheidungsrechte des Aufsichtsrats	207
1.	Überblick	207
2.	Die Kontrollaufgaben des Aufsichtsrates	207
2.1	Ziele der Kontrolle	208
2.1.1	Die Interessen von Arbeitnehmern und Kapitaleignern	208
2.1.2	Kontrollaufgabe der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	209
2.2	Umfang und Inhalt der Kontrolle	211
2.2.1	Umfang der Überwachung	211
2.2.2	Inhalte der Überwachung	215
2.2.3	Kontrolle im Einzelfall oder Gegenmanagement?	215
2.3	Mittel und Durchsetzung der Kontrolle	217
3.	Personalentscheidungen des Aufsichtsrates	218
3.1	Bestellung der Vorstandsmitglieder bzw. Geschäftsführer	218
3.1.1	Allgemeines	218
3.1.2	Bestellung nach dem Mitbestimmungsgesetz	221
3.1.3	Bestellung des Arbeitsdirektors nach dem Montanmitbestimmungsgesetz und nach dem Mitbestimmungsgesetz	223
3.1.4	Bestellung zum Vorsitzenden des Vorstandes/der Geschäftsführung	226
3.2	Widerruf der Bestellung	227
3.2.1	Allgemeines	227
3.2.2	Das Verfahren nach dem Mitbestimmungsgesetz	227
3.3	Abschluß und Kündigung des Anstellungsvertrages	229
3.3.1	Allgemeines und Anstellungskompetenz	229
3.3.2	Rechte und Pflichten	229
3.3.3	Beendigung	230
4.	Einfluß auf die Arbeitsweise des Vorstandes bzw. der Geschäftsführung	231
4.1	Erlaß einer Geschäftsordnung und Regelung der Vertretung	231
4.1.1	Allgemeines	231
4.1.2	Aktiengesellschaft	231
4.1.3	Übrige Rechtsformen (Genossenschaft und GmbH)	233
4.2	Zuständigkeiten des Arbeitsdirektors	234
5.	Mitwirkung an Geschäftsführungsmaßnahmen	236
5.1	Vorbemerkung	236
5.2	Zustimmungsbedürftige Geschäfte	236
5.2.1	Einführung	236
5.2.2	Festlegung durch Satzung oder Aufsichtsrat	237
5.2.3	Umfang und Inhalt der zustimmungsbedürftigen Geschäfte	237
5.2.4	Zustimmungsersetzung durch die Anteilseigner	240

5.2.5	Verstoß gegen die Zustimmungrechte des Aufsichtsrates	242
5.3	Einfluß auf Buchführung und Organisation	242
5.3.1	Einführung	242
5.3.2	Risikomanagement	243
5.3.3	Bestandteile des Jahresabschlusses	244
5.3.4	Verfahren	244
5.3.5	Die Jahresabschlußunterlagen als Kontrollmittel des Aufsichtsrates	249
5.3.6	Besonderheiten bei der Genossenschaft	252
5.4	Weitere Mitwirkungsrechte	252
5.4.1	Beschlußanträge an die Hauptversammlung	252
5.4.2	Ausübung von Beteiligungsrechten	252
III.	Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates in verbundenen Unternehmen	253
1.	Vorbemerkung	253
2.	Informationsrechte	254
2.1	Beteiligungen	254
2.2	Konzernabschluß und Abhängigkeitsbericht	255
2.3	Berichterstattung im Konzern	256
3.	Kontroll- und Entscheidungsrecht	257

3. Kapitel

Die Einzelrechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder

I.	Allgemeines	260
1.	Gleichbehandlung	260
2.	Weisungsfreiheit	260
3.	Verträge mit Unternehmen	261
II.	Recht auf Vergütung und Aufwändungsersatz	263
1.	Allgemeine Grundsätze zur Vergütung	263
2.	Besteuerung der Vergütung	264
3.	Abzugsfähige Ausgaben	264
3.1	Abführungen aufgrund gewerkschaftlicher Beschlüsse	264
3.2	Sonstige Abführungen	267
4.	Unzulässige Wahlbeeinflussung durch Spenden	267
5.	Aufwändungsersatz	268
5.1	Grundsätze	268
5.2	Einzelfälle	268
5.3	Recht auf Vorschuß	271
III.	Recht auf Freistellung und Lohnfortzahlung	272
1.	Freistellung	272
2.	Lohnfortzahlung	274
IV.	Kündigungsschutz	275
1.	Personenkreis des § 103 BetrVG	275

2.	Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat	275
2.1	Grundsätzliches	275
2.2	Kündigung eines Arbeitnehmersvertreters wegen oder im Zusammenhang mit der Aufsichtsratsstätigkeit	275
2.3	Kündigung eines Arbeitnehmersvertreters aus Gründen, die mit der Aufsichtsratsstätigkeit in keinem Zusammenhang stehen	277
V.	Sonstiger Schutz der Tätigkeit der Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat	279
1.	Allgemeines	279
2.	Störungs- und Behinderungsverbot	279
3.	Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	279
4.	Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Benachteiligungsverbot	280
VI.	Rechte der Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat beim Arbeitskampf	281
1.	Einführung	281
2.	Teilnahme der Arbeitnehmersvertreter an einem rechtswidrigen Arbeitskampf	281
3.	Teilnahme der Arbeitnehmersvertreter an einem rechtmäßigen Arbeitskampf	281
3.1	Keine Einschränkung der Rechte der Arbeitnehmersvertreter beim Arbeitskampf	281
3.2	Kein Erlöschen oder Ruhen des Aufsichtsratsamts	283
VII.	Pflichten der Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat	285
1.	Allgemeines	285
2.	Pflichtenkreis	285
3.	Die sogenannte Treuepflicht der Aufsichtsratsmitglieder	286
4.	Sorgfaltsmaßstab	288
5.	Inhalt der Verpflichtungen	289
VIII.	Folgen für die Aufsichtsratsmitglieder bei Pflichtverletzungen	292
1.	Schadenersatz	292
2.	Ordnungs- und Strafvorschriften	293
3.	Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern	294
3.1	§ 103 Abs. 3 AktG	294
3.2	Abberufung durch das jeweilige Wahlorgan	295
4.	Kündigung von Aufsichtsratsmitgliedern	296
5.	Verweigerung der Entlastung	296
 Anhang		
1.	Gesetzestexte	299
1.1	Aktiengesetz	299
1.2	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz	439
1.3	GmbH-Gesetz	448
1.4	Publizitätsgesetz	485

1.5	Genossenschaftsgesetz	499
1.6	Handelsgesetzbuch (3. Buch)	556
1.7	MontanMitbestG	616
1.8	Mitbestimmungsergänzungsgesetz	622
1.9	BetrVG 1952 (Auszug)	634
1.10	MitbestG	636
2.	Rechtsprechungsübersicht	655
3.	Verzeichnis der mehrfach verwandten und abgekürzt zitierten Literatur	677
	Stichwortverzeichnis	681